

Klimaliste kritisiert undemokratisches Verhalten von SPD und CDU im Kreistag

Marburg, 13. Dezember 2021. „Alles begann am 21. Mai diesen Jahres, zur ersten Kreistagssitzung der neuen Legislaturperiode“, erinnert sich Dr. Jana Groth, Fraktionsvorsitzende der Klimaliste im Kreistag Marburg-Biedenkopf. „Wir als Klimaliste hatten uns nur wenige Monate zuvor gegründet, zum ersten Mal in unserem Leben ein Wahlprogramm geschrieben und einen Wahlkampf organisiert. Wir waren vollkommen neu in der Kommunalpolitik. Trotzdem – oder vielleicht gerade deswegen – freuten wir uns auf die erste Kreistagssitzung, waren hochmotiviert und auch ein wenig aufgeregt.“

Groth schildert die Ereignisse des Tages wie folgt: „Die Sitzung am 21. Mai wurde pünktlich um 11 Uhr von der Landrätin eröffnet, danach wurde Detlef Ruffert mit großer Mehrheit zum Kreistagsvorsitzenden wiedergewählt. Bis zum Tagesordnungspunkt 8 (Bildung des Haupt- und Finanzausschusses) verlief alles ruhig und ohne Zwischenfälle. Dann sollte plötzlich der Ältestenrat einberufen werden – ein Gremium bestehend aus dem Kreistagsvorsitzenden, seinen Stellvertreter*innen und den Vorsitzenden aller Fraktionen. Im Ältestenrat werden vor allem formale Fragen geklärt, aber er ist auch für die Schlichtung von Streitigkeiten zuständig. Da die Sitzungen des Ältestenrats nicht öffentlich sind, kann ich zum Inhalt der Gespräche nichts sagen. Ich kann nur sagen, dass wir uns nach der Sitzung gezwungen sahen, unseren Antrag zur Erhöhung der Mitgliederzahl im Haupt- und Finanzausschuss zurückzunehmen.“

Zur Erläuterung: Die Klimaliste hatte beantragt, die Zahl der Mitglieder im Haupt- und Finanzausschuss, der zunächst als einziger Ausschuss tagen sollte, von 15 auf 16 zu erhöhen. Dies hätte garantiert, dass alle im Kreistag vertretenen Fraktionen mit mindestens einem Sitz im Ausschuss vertreten gewesen wären. Bei einer Zahl von 15 Sitzen hätte zwischen der Klimaliste und den Freien Wählern (die beide jeweils drei Sitze im Kreistag besetzen) gelöst werden müssen. „Eine unbefriedigende Lösung, denn in einer Demokratie möchte man doch mit allen wichtigen Akteur*innen an einem Tisch sitzen“, so Groth. „Ich war ziemlich wütend, dass über unseren Antrag nicht einmal abgestimmt wurde. Wegen der Vertagung des Themas gab es auch keine öffentliche Debatte dazu. So hatte ich mir die erste Kreistagssitzung nicht vorgestellt.“ In der darauf folgenden Sitzung des Kreistags brachte die Große Koalition dann selbst einen Antrag zur Erhöhung der Ausschussmitglieder von 15 auf 16 ein. „Unsere Forderung wurde am Ende also umgesetzt, der Weg dahin war für uns aber eher unverständlich“, fasst Groth zusammen.

In den kommenden Monaten folgten laut Klimaliste eine Reihe „problematischer Vorgänge, die mit einem demokratischen Parlament eigentlich unvereinbar sind“: Noch bevor alle Ausschüsse konstituiert waren, verkündete die Große Koalition, dass sie alle Ausschussvorsitze innerhalb der eigenen Reihen besetzen wolle. Das ist zwar laut Geschäftsordnung des Kreistags zulässig, aber – auch im kommunalpolitischen Bereich – durchaus unüblich. Um den Oppositionsparteien eine faire Repräsentation zu ermöglichen, werden die Ausschussvorsitze – wie auch im Bundestag – in der Regel nach den jeweiligen Fraktionsstärken besetzt. Das bedeutet, dass zumindest größere Oppositionsfraktionen ein Recht auf einen Ausschussvorsitz haben. Niels Noack, der die Klimaliste in mehreren Ausschüssen vertritt, erläutert: „Das Problem liegt hier vor allem in der Hauptsatzung des Landkreises, in der festgelegt wird, dass die Vorsitzenden einfach von den Ausschussmitgliedern gewählt werden. Die GroKo handelt hier also nicht rechtswidrig. In der Konsequenz heißt das aber, dass SPD und CDU in jedem Ausschuss ihre Vorsitzenden selbst bestimmen können, da sie über eine Mehrheit der Stimmen verfügen. Man muss sich hier im Vorfeld mit der Opposition nicht abstimmen, aber angebracht wäre es meines Erachtens schon, wenn man ein demokratisches und respektvolles Miteinander auf allen Ebenen anstrebt“, so Noack.

Wie in den ersten Sitzungen des Kreistags üblich, stehen auch für die kommende Sitzung im Dezember wieder wichtige Wahlen an. Unter anderem sollen sowohl Kreistagsmitglieder als auch sachkundige Einwoh-

ner*innen in verschiedene Kommissionen gewählt werden. Die Wahlvorschläge der Großen Koalition für sachkundige Einwohner*innen in der Straßenbau- und Partnerschaftskommission enthalten allerdings fast ausschließlich Mitglieder des Kreistags – und zwar Mitglieder der SPD- und CDU-Fraktion. „Die GroKo will hier zusätzlich zu ihren regulären Plätzen, die ihnen als Kreistagsmitglieder zustehen, auch noch die Plätze der sachkundigen Einwohner*innen mit eigenen Leuten besetzen“, kritisiert Frauke Haselhorst, die die Klimaliste sowohl im Sozial- als auch im Bildungsausschuss vertritt. „Dies ist zwar offiziell erlaubt, offenbart aber ein recht seltsames Demokratieverständnis. Gibt es denn keine Expert*innen für Straßenbau und Städtepartnerschaften außerhalb der SPD- und CDU-Fraktionen? Sind die Kreistagsabgeordneten wirklich der Meinung, mehr Sachverstand bei diesen Belangen als andere Einwohner*innen zu haben? Hier die Mitglieder aus den eigenen Reihen zu bevorzugen (und dann in der Konsequenz andere interessierte Bürger*innen auszuschließen), ist ein schlechtes Zeichen in Richtung Zivilgesellschaft.“

Die letzte Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt habe das sprichwörtliche Fass dann endgültig zum Überlaufen gebracht. Hier hatte die Große Koalition einen gemeinsamen Antrag von Linken, Grünen, Klimaliste und des Einzelabgeordneten Lerche (Liberale & Piraten) ohne Begründung von der Tagesordnung genommen und damit sowohl eine Abstimmung als auch Diskussionen über den Antragstext verhindert. „Es handelte sich um einen Dringlichkeitsantrag zur Unterstützung von Geflüchteten an der polnisch-belarussischen Grenze“, erläutert Groth. „In der vergangenen Kreistagsitzung wurde diesem Antrag bereits die Dringlichkeit aberkannt, so dass er als regulärer Antrag in die nächste Kreistagsitzung verschoben wurde. Warum SPD und CDU die Situation von Geflüchteten erneut nicht besprechen wollen, ist mir unklar. Ich verstehe, dass wir inhaltlich anderer Meinung sind, aber einen formal korrekt gestellten Antrag der Opposition einfach kommentarlos von der Tagesordnung zu entfernen, finde ich höchst undemokratisch. Es bleibt zu erwarten, dass die GroKo diesen Schachzug auch bei der Kreistagsitzung am 17. Dezember in Stadtallendorf wieder anwenden wird. Damit werden wir über die Situation der Geflüchteten nicht einmal öffentlich reden dürfen.“

Hintergrund

Klimaliste Deutschland / Klimaliste Hessen

Die Klimaliste ist eine politische Graswurzelbewegung zur Durchsetzung konsequenter Klimaschutzmaßnahmen. Sie nahm ihren Anfang im Juli 2019 in Erlangen, wo sie im März 2020 aus dem Stand zwei Sitze im dortigen Stadtrat errang. Mittlerweile gibt es Klimalisten in über zehn Bundesländern.

Erklärtes Ziel ist die Umsetzung der klimapolitischen Wende vor Ort.

Dazu treten überparteiliche Klimalisten bundesweit zu Kommunalwahlen an.

Die Klimalisten sind ein dezentraler Zusammenschluss von Wissenschaftler*innen, Studierenden, Eltern, Angestellten, Unternehmer*innen und im Klimaschutz engagierten Bürger*innen.

Gemeinsam machen sie die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze zur höchsten Priorität und bauen ein zukunftsfähiges klimaneutrales Deutschland.

Mehr Infos unter <https://www.klimaliste.de/grundkonsens> und www.klimaliste-hessen.de/marburg

Pressekontakt:

Jana Groth, Niels Noack, Frauke Haselhorst

E-Mail: fraktion-mr-bid@klimaliste-marburg.de

Folgen Sie uns in den Sozialen Medien:

<https://twitter.com/klimalisteMR>

<https://www.facebook.com/KlimalisteMR>

https://www.instagram.com/klimaliste_marburg